

2€/4€ Solidari-  
tätspreis

www.sozialistischeoffensive.net

so  
Sozialistische  
Offensive

CWI  
CH-CIO

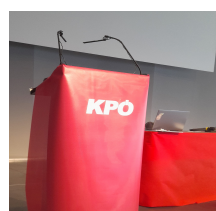
# OFFENSIV

Nr. 29, Herbst 2026

SOZIALISTISCHE ZEITUNG für Arbeiter\*innen und Jugendliche

## Kürzungspolitik bekämpfen

## Löhne rauf, Preise runter



Die KPÖ baut ihre Mehrheit in Graz aus - ein wichtiger Erfolg. Doch um Verbesserungen zu erhalten und zu erreichen, braucht es mehr.

Seite 3



Jugendliche leiden am meisten an Aufrüstung und Krieg. Werde aktiv beim Aktionstag am 20. November. Melde Dich

# Regierung macht FPÖ-Politik und FPÖ stark

## Widerstand gegen Kürzungen & gegen FPÖ ist nötig!

Die schwarz-rot-pinke Koalition ist angetreten, um die FPÖ in der Regierung zu verhindern. Das funktioniert aber nicht. "Budgetnöte", vor allem aber Druck der Wirtschaft, ihre Profite zu schützen, erfordern harte Kürzungspakete, die hauptsächlich die arbeitende Klasse treffen. Ergebnis: die Regierungsparteien stürzen in Umfragen ab und die FPÖ wird immer stärker.

Von Gerhard Ziegler, SO Oberösterreich

Die Regierung will nun die Blauen mit rassistischen Gesetzen z.B. mit dem Kopftuchverbot, dem Stopp des Familiennachzugs, aber auch mit verstärkten Abschiebungen ausbremsen. Innenminister Karner rühmt sich, die Zahl der Abschiebungen sei schon höher als neue Asylanträge. Und die Regierung übernimmt immer mehr FPÖ-Forderungen. Doch angeblich gegen Migrant\*innen gerichtete Maßnahmen bedeuten in Wahrheit massiven Sozialabbau, der uns alle trifft.

### Sozialhilfe Neu

Bisher war die Sozialhilfe Ländersache, der Bund gab nur einen Mindeststandard vor. In Boulevardmedien wurde das Thema mit Beispielen kinderreicher migrantischer Familien vor allem in Wien mit über € 3.000 Sozialhilfe rassistisch aufgeheizt. Mit der "Sozialhilfe Neu" gibt es nun eine bundesweite Vereinheitlichung. Die Koalition orientierte sich an den Modellen in OÖ, NÖ und der Steiermark, alles Länder mit FPÖ-Regierungs-Beteiligung. Statt des Mindestansatzes gibt es nun einen Höchstbetrag (für Alleinlebende und Alleinerziehende € 1.230 bzw. für Paare € 1.722). Dazu kommen gestaffelte Kinderzuschläge zwischen € 148 (1. Kind) und € 37 (ab dem 4. Kind) und Wohnkostenzuschläge. Die Gesamthöhe ist mit € 2.152 pro Monat (für das Jahr 2026) gedeckelt.

Dazu werden "Arbeitsanreize und Eigenverantwortung gefördert und Integration aktiv eingefordert ..." Durch solche Maßnahmen ist in OÖ die Zahl der Sozialhilfebezieher\*innen im 1. Halbjahr um 7,7 % rückläufig. In Zeiten eines sinkenden Lebensstandards auf den ersten Blick überraschend. Tatsächlich



wird das soziale Netz immer löchriger. Als Gründe werden "Bemühungspflicht zur Arbeitsaufnahme und zum Spracherwerb" genannt. Die Sanktionsstufen liegen bei 30-50 % weniger Leistungsbezug bis zur gänzlichen Einstellung bei "anhaltender Verweigerung der Mitwirkung"! Wer eine Arbeit nicht annehmen kann/will, weil etwa die nötige Kinderbetreuung fehlt, oder die Anfahrt zur Arbeitsstätte mehr als 1 Stunde dauert, oder mangels Öffis nur mit eigenem PKW möglich wäre, kann einen Teil oder die ganze Sozialhilfe verlieren. Oder ein\*E BetroffeneR muss einen schlecht bezahlten Job annehmen. Solche Zumutbarkeitsregeln können jederzeit verschärft werden und gelten für uns alle. So sollen im Jahr 2027 € 50 Millionen und 2028 schon € 100 Millionen auf Kosten der Ärmsten "eingespart" werden - und zwar unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

### Kürzungen bei NGO's

Zu Jahresbeginn warf die FPÖ der Regierung massive Verschwendung durch Förderungen und Auftragsvergaben an NGO's vor. Das sind meist kleine Vereine, die eigentlich staatliche Leistungen erbringen, die vom Staat wegen Kürzungen nicht mehr direkt erbracht werden. Die Regierung hat die Kampagne bereitwillig aufgegriffen, um den Sparstift anzusetzen. Hier schließt sich der Kreis. Bei weniger Angebot an Deutsch- und Integrationskursen (oder deren Verteuerung aufgrund des knapperen Angebots) laufen die Betroffenen schneller

Gefahr, dass die Sozialhilfe - da Integrationsunwillig - gekürzt wird.

Die Kürzungen treffen aber nur teilweise Migrant\*innen. So wird bei diversen Strukturen im Sozialbereich, bei der Wohnungslosen- und Jugendhilfe, bei der Familien- und Behindertenhilfe, bei psychologischer Unterstützung, Bewährungs- und Suchthilfe, bei Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Gesundheitsprojekten gekürzt. Das bedeutet Streichung von Projekten, Angeboten und Leistungen, kürzere Öffnungszeiten und Jobverlust.

### Gewerkschaft muss Widerstand organisieren

Trotz gegenteiliger Behauptungen von Stocker, Babler, Marterbauer & Co geht das "Spar"paket zu Lasten der arbeitenden Klasse und hier vor allem der sozial Schwächsten. Darum ist der ÖGB gefordert, Widerstand gegen die Belastungen zu organisieren. Dabei haben die Gewerkschaften eine doppelte Verantwortung. Sie müssen die Arbeitenden insgesamt gegen Angriffe schützen. Dazu gehört, dass sie die rassistische Regierungspolitik bekämpfen, denn Rassismus und gegen die Schwächsten treten, dient der Spaltung und Entsolidarisierung und schwächt die gesamte Arbeiter\*innenschaft. Stattdessen ist ein gemeinsamer Kampf der gesamten arbeitenden Klasse - Inländer\*innen wie Migrant\*innen - gegen "die da oben" das Gebot der Stunde.



# KPÖ baut Mehrheit in Graz aus: Errungenschaften verteidigen = mobilisieren!

Der erneute Wahlsieg der KPÖ in Graz ist ein ermutigendes Signal gegen rechte Parteien. Die 35,7 % für die KPÖ Graz sind Stimmen für eine Politik, die als „sozial gerecht“ angesehen wird. Das ist ein Erfolg, den wir ausdrücklich begrüßen und unterstützen. Dennoch: Er könnte auf Sand gebaut sein, wenn es keine Kampfstrategie gibt. Denn die finanziellen und politischen Hürden, vor denen die Stadtregierung und damit die KPÖ jetzt steht, sind gewaltig. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob die Partei ihren sozialen Kurs halten kann, oder ob sie dem Druck der Sachzwänge nachgibt.

Von Tim Rosa, SO Steiermark

Drei Tage nach der Wahl hat die KPÖ selbst die prekäre Budgetlage der Stadt thematisiert. Das Grazer Budget wird von mehreren Seiten attackiert. Durch Kürzungen des Bundes, durch zusätzliche Belastungen des von FPÖ und ÖVP regierten Land Steiermark und durch einen Finanzausgleich, der Großstädte wie Graz systematisch benachteiligt. Die KPÖ steht vor dem Widerspruch: ihre Sozialpolitik gegen deren Sparkurs. Dass man auf einen Koalitionspartner angewiesen ist, kommt erschwerend dazu, darf aber nicht als Ausrede für Pragmatismus, also Kürzungen, herhalten!

Hauptthema der Koalitionsverhandlungen mit den Grünen war, ob die vergangene Politik langfristig finanzierbar bleibt. Die wirtschaftlichen Spielräume werden enger. Das Problem ist, dass die KPÖ innerhalb dieser Spielräume des Kapitalismus und damit innerhalb des Mangels bleibt. Das Budget wird enger gezogen und in dieser Logik müssen Konzessionen in naher Zukunft gemacht werden.

Kahr sagte nach den Wahlen 2021, ihr Bündnispartner sei die Bevölkerung. Das ist gut. Aber sie mobilisiert diesen Bündnispartner nur sehr zaghaft. Dabei wäre die Notwendigkeit zu mobilisieren größer denn je. Die Geschichte zeigt am Beispiel von Liverpool in den 80er Jahren, aber auch bei anderen Kommunen,

dass Widerstand gegen die Kürzungspolitik erfolgreich geführt werden kann. Es braucht dafür eine Bewegung, Massenproteste, Demonstrationen und Streiks.

Die KPÖ könnte zu Protesten aufrufen und Demonstrationen mitorganisieren, zum Beispiel etwa gegen den Abbau von Sozialleistungen, gegen steigende Inflation oder die Sparmaßnahmen vom Bund. Die „Preise runter, Löhne rauf!“-Kundgebungen in Graz 2022 waren ein richtiger Schritt, das ist aber lange her. Gerade jetzt braucht es eine strategische und nachhaltigere Mobilisierung. Wichtig wäre dabei, über die klassischen Protestformen hinauszugehen und die Mobilisierung zu den Gewerkschaften und Betriebsräten zu bringen.

Ein zentraler Hebel liegt in den Betrieben. Gewerkschaften sind nach wie vor die stärkste Vertretung der Beschäftigten. Die KPÖ sollte die Zusammenarbeit mit kritischen Gewerkschafter\*innen intensivieren, Betriebsrät\*innen für die Kämpfe der Stadt um mehr Ressourcen gewinnen und gemeinsame Aktionen organisieren. Durch Übernahme des Lohnabschlusses im Öffentlichen Dienst mit Reallohnverlusten machte die Stadtregierung aber genau das Gegenteil.

## Die Lösung liegt nicht beim Koalitionspartner sondern bei kämpferischen Mobilisierungen

Auch an Schulen und Universitäten wächst das politische Bewusstsein. Schüler\*innen und Studierende werden zunehmend von den Auswirkungen der Krise direkt betroffen, sei es durch Teuerung, Wohnungsnot oder unsichere Zukunftsperspektiven. Die KPÖ könnte hier Räume für Organisation schaffen, die junge Menschen nicht nur informieren, sondern auch aktivieren. Darüber hinaus braucht es eine Strategie, die den Druck auf der Straße erhöht. Der jüngste Generalstreik in Portugal oder die Proteste in Frankreich in 1995 zeigen, dass radikale Forderungen wie etwa keine Kürzungen bei den Renten oder Wohnungen zu einer geringen Miete eine politische Dynamik entfalten können, wenn sie von einer breiten Bewegung getragen werden.



Dazu gehört die Bereitschaft, eigene Positionen nicht vorschnell zu verwässern, sondern sie zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung zu machen und dabei bewusst in Kauf zu nehmen, dass dies zu Spannungen mit den etablierten Parteien (oder dem Koalitionspartner) führt. Ein konkretes Beispiel: Die KPÖ sollte Belegschaft, Passagiere und Gewerkschaft der ÖBB in Graz mobilisieren, um die Fahrdienstleitung in Graz zu behalten und nicht nach Villach zu verlegen. Stattdessen aber wird hinter geschlossenen Türen darüber diskutiert und verhandelt, ohne der Belegschaft irgendwelche Informationen mitzuteilen.

Der Wahlsieg ist gut, aber nur ein erster Schritt. Ob die KPÖ es schafft, daraus eine echte Bewegung zu machen, wird über ihren politischen Charakter entscheiden: Verwaltungspartei oder Kraft des Widerstands. Dies bedeutet, den Kapitalismus in Frage zu stellen, die Eigentumsfrage zu stellen und einen Kampf darum zu führen, ob das Geld bei den Konzernen bleibt oder für die Menschen eingesetzt wird.

# Das Geld ist bei Reichen und Konzernen

Die Reichen werden immer reicher und die Gewerkschaft schaut zu

Richtig viel schreibt der ÖGB auf seiner Homepage darüber, wo das Geld zu finden ist und welche Auswirkungen die Teuerung und die Inflation auf die arbeitende Bevölkerung haben. Zum Beispiel: „Die Raffineriemarge bei der OMV hat sich im 2. Quartal mehr als verdoppelt und der Konzerngewinn betrug allein in den letzten drei Monaten 1,7 Milliarden Euro.“ Oder: „Noch nie wurden so wenig vermögensbezogene Steuern gezahlt, wie jetzt: Im Jahr 2024 kamen nur 0,98 Prozent der Steuereinnahmen aus Vermögen.“

Von Margarita Wolf, SO Wien

Aber was macht der Gewerkschaftsbund konkret, um die Situation zu verbessern? Eine Umfrage zum Thema 6. Urlaubswoche zum Beispiel. Also nicht sehr viel Konkretes und Handfestes, das zeigen auch die vergangenen KV-Verhandlungen und Abschlüsse. Die Ergebnisse reichen von einer Erhöhung (der IST-Löhne in der chemischen Industrie) von 1,8% bis hin zu einer Erhöhung der Löhne um 3% bei der Post. Dabei liegt die durchschnittliche Inflation (gerechnet über die letzten 12 Monate) derzeit bei 3,35%. Auch für die Zukunft werden ähnliche Werte erwartet. Somit handelt es sich bei fast allen KV-Abschlüssen des letzten Jahres um Reallohnverluste.

## ÖGB: Für Kapital und Regierung

Unter dem Deckmantel von „wir



schützen den Wirtschaftsstandort Österreich“ wird „nicht zu viel gefordert“. Auch die Kürzungen der Regierung werden höchstens mal sanft kritisiert, aber nicht bekämpft - um der SPÖ die Stange zu halten. Ja, die globale Wirtschaftskrise und die Situation im Nahen Osten haben auch Auswirkungen auf Österreich und die Lage wird sich eher nicht verbessern. Aber wie die Gewerkschaft richtigerweise feststellt, sind auch in Zeiten der Krise genug Geld und Gewinn da.

## Kämpferische Gewerkschaft überfällig

Aber nur theoretisch eine Umverteilung fordern reicht nicht aus, um tatsächliche und nachhaltige Verbesserungen zu erzielen. Es braucht den Kampf im Betrieb und auf der Straße, um sich die Teile des Kuchens zu holen, die die Arbeiter\*innenklasse zum Überleben braucht. Und es braucht noch einen härteren Kampf, um sich das von Reichen und Konzernen zu holen, was wir

jährlich an Reichtum in diesem Land und weltweit produzieren. Die OMV wird die 1,7 Milliarden an Gewinn wohl kaum freiwillig hergeben.

Der ÖGB kann mit einer Kampagne gegen Kürzungsmaßnahmen und für volle Abgeltung der Teuerung in Betrieben aber auch darüber hinaus beginnen. Von Anfang an muss klar sein, dass wir nicht nur informieren und nett bitten, sondern auch zu Kampfmaßnahmen bis hin zu Streiks bereit sind. Diese müssen vom ersten Tag an demokratisch in den Betrieben vorbereitet werden. In so einer Kampagne können viele Kolleg\*innen aktiv werden und gemeinsam über Ziele, Forderungen und die nächsten Kampfschritte diskutieren und entscheiden. Es ist ja genug Geld da - eine Gewerkschaft darf sich nicht auf betriebliche Themen beschränken, sondern muss auch über angebliche Sachzwänge hinaus schauen.

Sie muss das Problem (Kapitalismus) beim Namen nennen und Kämpfe organisieren, die so mächtig sind, dass wir uns das Geld von den Reichen wirklich holen. Und sie braucht dafür auch einen politischen Bündnispartner. Die SPÖ ist das schon lange nicht mehr, daher ist der Aufbau einer neuen Partei für Arbeiter\*innen und Jugendliche auch eine zentrale „gewerkschaftliche“ Aufgabe.

## Wunderwaffe Organising?

Seit einigen Jahren ist „Organising“ das neue Ding. Einbindung von Kolleg\*innen, Aktivieren von Beschäftigten, Organisieren von Kampagnen, um konkrete Ziele zu erreichen... wichtig, aber nicht neu. Organising zeigt, dass eine neue Schicht von Beschäftigten die Notwendigkeit erkannt hat, sich zu organisieren, um gemeinsam für ihre Interessen einzutreten. Und Organising zeigt, wie weit sich die Gewerkschaften von ihren eigentlichen Aufgaben weg entwickelt haben. Um teures Geld setzen sie externe „Spezialist\*innen“ für Organising ein. Zur Beratung und auch, um die Arbeit zu machen, die eigentlich

zu den Kernaufgaben einer Gewerkschaft gehört. Die Beschäftigten zu organisieren ist wichtig und baut Druck von unten auf. Wenn aber nach Ende der Kampagne und des Vertrages die angemieteten Organizer\*innen wieder weg sind, was bleibt? Viel mehr bringt es, wenn Kolleg\*innen, die Erfahrung mit der Organisierung in und aus den Betrieben selbst, der demokratischen Einbindung von Mitgliedern und mit kämpferischen Kampagnen haben, in den Gewerkschaften das Sagen haben. Das wäre gut für die Beschäftigten und die Gewerkschaft. Externe Beratung kann man sich dann auch sparen...

SOLIDARISCHER WIDERSTAND  
[SoWi\_So]  
GEGEN SOZIALABBAU

**Nächste Veranstaltung**  
**„Gewerkschaft geht besser“**  
**Ende September**  
**Infos u.a. auf**  
**sozialistischeoffensive.net**

# 20.11. Aktionstag

## Gegen ihre Kriege, für unsere Zukunft!

Offensiv interviewt Flo Schießl von der SO Wien zur Kampagne gegen Aufrüstung und Militarismus.

**Warum lautet der Slogan der Kampagne „Wir kämpfen für unsere Zukunft, nicht für ihre Kriege!“?**

Die Kampagne richtet sich vor allem an Schüler\*innen, Studierende und Lehrlinge, die mit Krieg und Militarisierung, der Klimakrise und dem zunehmenden Rechtsruck konfrontiert sind. Wir sind es, die unter den aktuellen Krisen am stärksten leiden werden. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie wir unsere Zukunft unter diesen Bedingungen erkämpfen und gestalten können und welche politischen Antworten wir darauf entwickeln. Denn trotz all der Krisen sollten wir nicht pessimistisch werden, ganz im Gegenteil. Wenn wir uns organisieren, können wir etwas verändern - die Zukunft gehört uns, und dafür müssen wir kämpfen.

**Was ist die Botschaft der Kampagne?**

Wir wollen zeigen, dass wir es satt haben, immer wieder einstecken zu müssen oder auf übermorgen vertröstet zu werden. Die Klimakrise, die von der Politik ignoriert wird, um die „Wirtschaft“

zu schützen, verbrennt unsere Lebensgrundlage. Ihre Kriege, die sie für Profite führen, während bei uns in der Bildung oder im Sozialen gekürzt wird, treiben uns bestenfalls ins Elend, schlimmstenfalls in den Tod. Und auch ihr Nationalismus ist zerstörerisch, denn er gibt den Rechten Aufschwung und bedroht die ohnehin beschränkten demokratischen Rechte. Wir zeigen, dass wir gegen den Kapitalismus stehen, der hinter all dem steckt. Der uns und den Planeten zerstört. Darum zeigen wir auch eine sozialistische Alternative zu all dem auf und laden ein, selbst aktiv zu werden.

**Das ganze ist Teil eines internationalen Aktionstages?**

Ja, der 20.11. ist als internationaler Aktionstag angelegt. Veranstaltungen und Aktionen sollen in mehreren Ländern stattfinden. In Österreich mobilisieren wir von der Sozialistischen Offensive zusammen mit weiteren Unterstützer\*innen. Wenn die Krisen global sind, muss es der Kampf dagegen auch sein. Es gab schon antimilitaristische Aktionen wie die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht in Deutschland. Dieses Mal soll es in



mehreren Ländern Aktionen geben. Als SO und international als CWI treten wir für ein anti-kapitalistisches Programm ein - denn wir müssen die Wurzel des Übels angehen. Schulstreiks können ein wichtiges Zeichen sein, wichtig ist es aber auch, die Kämpfe von Schüler\*innen, Studierenden und Arbeiter:innen zu verbinden. Für uns ist entscheidend, dass der 20. November nicht als isoliertes Ereignis verstanden wird, sondern als möglicher Ausgangspunkt für weitere gemeinsame Aktivitäten, wie Schulstreiks, Studierendenproteste oder sogar Generalstreiks - wie in Italien oder Portugal. Und vor allem auch immer mit einer jugendlichen und internationalen Perspektive, um zusammen für unsere Zukunft und unsere Interessen einzustehen. Also egal wo du bist - melde Dich bei uns, werde aktiv und mach mit!

## Militarismus auch in Österreich am Vormarsch

Die Prioritäten der Politik lassen sich gut daran messen, was an Geld in Aufrüstung fließt. Bis 2032 sollen dafür 17 Milliarden zusätzlich verwendet werden (mehr als die bisherigen Kürzungspakete). Ebenfalls bis 2032 soll das Nato-Ziel von 2% des BIPs für Wehrausgaben erreicht werden - mehr als eine Verdoppelung in sieben Jahren. Bereits von 2019-26 hat sich das Heeresbudget verdoppelt - während die Ausgaben für Bildung und Soziales weit zurückbleiben. Doch die Militarisierung soll alle Bereiche der Gesellschaft umfassen, um die „Wehrhaftigkeit“ zu erhöhen. Das Bundesheer wirbt nicht nur auf Plakaten und öffentlichen Plätzen (mit unserem Steuergeld bezahlt), sondern auch an Schulen soll das Dienen (und Sterben)

fürs Vaterland wieder „hip“ gemacht werden. Ins Bild passt, dass der Mehrheit der Ukrainer und Russen, die um Asyl ansuchen, um nicht im Krieg kämpfen zu müssen, das Asyl verwehrt wird. Der Zugriff des Staates auf wehrfähige Männer (und Frauen) muss um jeden Preis erhalten bleiben. Dazu passt auch die geplante Verlängerung der Wehrpflicht. Die praktischerweise auch zur Verlängerung des Zivildienstes und damit zu extrem billigen Arbeitskräften für den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich führt, die die kürzungsbedingten Löcher stopfen sollen.

Die Aufrüstung Österreichs und der EU zeigt, dass es nicht um „Neutralität“, Menschenrechte oder „unsere Werte“ geht, sondern um handfeste

wirtschaftliche Interessen. Im Falle Österreichs v.a. auf dem Balkan. Die EU „schützt“ z.B. vor der Küste Somalias und im Roten Meer Handelsschiffe oder beteiligt sich an „militärischen Beratungs- und Ausbildungsmissionen“ in der zentralafrikanischen Republik. Auch hier wird versucht, die gefährdete wirtschaftliche Position mit militärischen Mitteln zu verbessern. Hinzu kommen auch handfeste wirtschaftliche Interessen von Rüstungskonzernen, die an den weltweit zunehmenden Konflikten verdienen. Dazu gehören in Österreich nicht nur die bekannten Firmen wie Steyr oder Rheinmetall MAN, sondern auch Hirtenberger Defence Systems (Mörser) oder Schiebel und Rotax (Drohnen).



# Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?

Das Gespenst des Kommunismus ist wieder unterwegs. In seiner Rede zur 250-Jahr-Feier warnte Trump vor „Kommunismus“. Auch wenn sein Bezug zur rassistischen und neoliberalen Demokratischen Partei absurd ist, hat seine Panik eine reale Basis. In den USA unterstützen gleich Viele die MAGA-Ideen wie demokratisch-sozialistische Ideen (je 27%) und 46% würden für eineN sozialistischen Präsidentschaftskandidaten/in stimmen. In Deutschland geben fast doppelt so viele Menschen an, eine sozialistische Einstellung zu haben, als eine kapitalistische. Insbesondere unter Jüngeren steigen Unterstützung und Interesse an sozialistischen und kommunistischen Ideen. Dass die Kommunismus-Keule längst nicht mehr funktioniert, zeigen die KPÖ-Wahlerfolge, insbesondere in Graz. Was genau Sozialismus aber ist und wie das alles funktionieren soll - darüber gibt es wenig Klarheit. Und dann ist da noch die Sorge: Ist ja eine gute Idee, aber kann das überhaupt funktionieren? Spoiler: Ja, es kann!

Von Sonja Grusch, SO Wien

Auch Menschen, die Sozialismus grundlegend erstrebenswert finden,

stellen sich die Fragen: Wer wird noch arbeiten, wenn der Zwang wegfällt? In der Sowjetunion, dem Ostblock, Kuba und Nordkorea haben die schönen Ideen nicht funktioniert. Und scheitert das nicht alles an der menschlichen Gier, Faulheit und Gewalttätigkeit? All das sind berechnete Fragen. Und sie alle starten bei einem falschen Punkt. Nämlich der Frage, ob Menschen „gut genug“ sind, damit das alles funktioniert. Der Ansatz ist nicht verwunderlich, wir sind gewöhnt, dass unser Verhalten unabhängig von den Rahmenbedingungen bewertet wird. Z.B. sollen wir alle das Klima retten, indem jedeR einzelne auf den eigenen „ökologischen Fussabdruck“ achtet.

Doch Menschen sind nicht „gut“ oder „schlecht“ geboren. Unser Verhalten und menschliche Gemeinschaften sind nicht fix und unveränderlich, sondern sind das Produkt der Umstände und daher auch veränderbar.

Der Überlebenstrieb tritt stärker in den Vordergrund, wenn es zu wenig Ressourcen gibt. Selbst Tiere werden sozialer und weniger aggressiv in ihrem Verhalten, wenn sie Fressen im Überfluss und Sicherheit haben. Ist dauerhaft genug für alle da, macht es keinen Sinn mehr, Dinge zu horten. Bei uns gibt

es in der Regel genug Wasser. Niemand würde daher bei Regen Kübeln in den Straßen aufstellen oder Wasser beim Hydranten oder beim Waschbecken in der Arbeit abfüllen und mitnehmen. In anderen Regionen der Welt ist Wasser rar. Hier wird Wasser zum Zankapfel, der sogar zum Krieg führen kann.

Auch wenn uns Geschichten weismachen wollen, es ginge bei Kriegen um „Ehre“ oder „Werte“ ist die Wahrheit doch simpler: letztlich geht es immer um den Zugang zu Nahrung, Land, Rohstoffen und Absatzmärkten. Früher war davon oft nicht genug vorhanden, es gab also eine materielle Grundlage für Konflikte. Doch längst ist der technische Fortschritt so weit fortgeschritten, dass ALLE Menschen auf der Welt ein Leben in Würde mit Nahrung, Wohnen, Kleidung, Kultur, Bildung, Gesundheitswesen und Freizeitgestaltung führen könnten. Doch der Kapitalismus schafft einen künstlichen Mangel, indem jene Menschen, die den Reichtum durch ihre Arbeit produzieren, davon nur Krümel abbekommen. In einer sozialistischen Welt gibt es keine wirtschaftliche und soziale Basis mehr für Kriege und Mangel. Weil niemand Angst haben muss, zu wenig zu haben, jetzt oder später, gibt es keinen Anreiz mehr für „Gier“.

## “Sowjetunion, China, Jugoslawien, Kuba - es hat aber nirgends funktioniert.” Stimmt nicht!

Auf den ersten Blick wirkt diese Aussage frustrierend, auf den zweiten wird rasch klar, dass sie nicht stimmt. Die Russische Revolution 1917 bedeutete für Millionen Menschen auf der Welt die Hoffnung auf ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Das versetzte die Herrschenden in Angst und Schrecken. Gerade hatten sie sich im 1. Weltkrieg noch gegenseitig bekriegt. Nun vereinigten sie sich gegen den gemeinsamen Feind und zwangen der Sowjetunion einen weiteren jahrelangen Krieg auf. Das Land war wirtschaftlich ohnehin nicht weit entwickelt, zerstört vom 1. Weltkrieg und wurde nun weiter zerstört. Und die internationale Hilfe durch andere sozialistische Staaten

blieb aus, da die sozialdemokratischen Parteien in Österreich, Deutschland und einer Reihe anderer Staaten die beginnenden sozialistischen Revolutionen mit aller Kraft unterdrückten. In der Sowjetunion war zwar das kapitalistische System abgeschafft, aber es herrschte aus den genannten Gründen der Isolation und Zerstörung umfassender Mangel. Und es war dieser Mangel, der zum Aufstieg einer abgehobenen Schicht privilegierter Bürokrat\*innen führte, die die demokratischen Errungenschaften der Revolution und alle, die für sie kämpften, beseitigte. Und weil eine erfolgreiche sozialistische Revolution, die echte sozialistische Demokratie gebracht hätte, für die sowjetische Bürokratie ge-

fährlich gewesen wäre, wurden revolutionäre Prozesse in anderen Ländern von Anfang an unter Kontrolle gebracht und Kopien des stalinistischen Systems errichtet. Daran, wie diese Systeme funktionierten (oder auch nicht funktionierten), ändert sich nichts, auch wenn es Konflikte zwischen den verschiedenen stalinistischen Machthabern gab.

Trotzdem haben die stalinistischen Staaten eine Idee davon gegeben, wie viel besser eine geplante Wirtschaft entwickelt werden kann. Der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht, die als erste Menschen in den Weltraum schickte lässt erahnen, was in einer demokratischen Planwirtschaft unter Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter\*innenklasse möglich gewesen wäre!

### Stehen dann alle Räder still?

Aber wenn man nicht arbeiten muss, weil ohnehin jeder Mensch genug bekommt, wer macht dann die ganze Arbeit? Wer kennt sie nicht, die Älteren, die einen "Pensionsschock" erleiden, weil ihnen ein wichtiger Sinn im Leben abhanden kommt. Auch die meisten Arbeitslosen suchen verzweifelt einen Job und zwar nicht nur, weil sie das Geld brauchen. Denn „etwas tun“, „etwas schaffen“ ist für Menschen wichtig und befriedigend. Viele, die keinen bezahlten Job haben, versuchen in dieser Zeit, andere sinnvolle Dinge zu tun.

Dennoch stimmt es, dass viele Menschen Arbeit heute als unangenehm und möglichst zu vermeiden wahrnehmen. Das liegt aber nicht am Arbeiten an sich, sondern daran, dass Arbeit im Kapitalismus unter dem Zwang zur Lohnarbeit, der Fremdbestimmung, von Gefahren, unangenehmen und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen stattfindet.

In einer sozialistischen Gesellschaft aber sind Arbeit und Wirtschaft von den Profitzwängen des Kapitalismus befreit: Es wird nur produziert, was nötig ist und in notwendiger Nachhaltigkeit. Weil Unnötiges wegfällt (z.B. Werbung oder Versicherungen) und alle technischen Möglichkeiten wie auch KI eingesetzt werden, werden wir alle viel weniger Zeit im Job verbringen.

Denn technischer Fortschritt kann erst dann wirklich zum Wohle der Menschheit eingesetzt werden, wenn es nicht mehr um Profite geht. Wer dann eine Idee hat, um Arbeit effizienter zu machen, gefährdet nicht mehr den eigenen Job. Denn die vorhandene Arbeit wird auf alle aufgeteilt, ist es weniger Arbeit, müssen wir alle bei gleichem Einkommen weniger arbeiten. Weil der Lohndruck wegfällt, können wir Neues ausprobieren. Und weil wir in die Verwaltung unserer Arbeitsbereiche und der Gesellschaft insgesamt einbezogen sind, werden Jobs angenehmer, sicherer und sind nicht mehr fremdbestimmt. Hausarbeit kann in großem Umfang gut bezahlt und professionalisiert bzw. von Maschinen übernommen werden.

Auch wenn wir keinen detaillierten Plan für das Leben im Sozialismus umreißen können, so ist doch klar: Das Leben aller Menschen wird sich wirklich verbessern: ein guter Lebensstandard für alle UND ausreichend Zeit für Freund\*innen und Familie, für Lernen und Leben.



### Wir können nicht warten!

Die dramatischen Folgen des Klimawandels sind inzwischen fast täglich spürbar und machen dringendes Handeln notwendig. Doch die Ursachen für die Klimakatastrophe liegen im Kapitalismus, der aus der rücksichtslosen Ausbeutung von Mensch und Natur seine Profite zieht. Eine Lösung der Klimakatastrophe durch das System zu suchen, das sie verursacht, heißt, den Bock zum Gärtner machen. Denn die Fakten zum Klimawandel sind lange bekannt und alle Appelle von Wissenschaft, Institutionen und Aktivist\*innen sind letztlich erfolglos geblieben. Die herrschende Politik dient der Umsetzung wirtschaftlicher Interessen. Denn es regiert Profit, nicht Vernunft. Es reicht nicht, gute Nischen oder sichere Räume in der grausamen kapitalistischen Welt zu schaffen, sondern unser Ziel ist es, die Grundlagen für all diese Probleme zu beseitigen. Erst wenn Energie, Transport und Industrie in öffentlichem Eigentum und unter demokratischer Verwaltung stehen, kann nachhaltig geplant und produziert werden.

### Die schlechte Nachricht:

Für eine sozialistische Zukunft reichen Unterschriften oder auch die Wahl einer sozialistischen Partei nicht aus. Auch können wir eine Revolution nicht herbeischreiben. Vielmehr braucht es eine revolutionäre Situation in der 1) die Herrschenden nicht einfach weitermachen können, in der 2) die Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung sich zuspitzen, 3) die Arbeiter\*innen und andere unterdrückte Schichten sich massenhaft wehren.

All das kommt uns nur zu bekannt vor. Tatsächlich sehen wir überall auf der

Welt in der letzten Periode eine Zunahme von Protesten, Streiks und revolutionären Aufständen. Es ist offensichtlich, dass es nicht an der Bereitschaft der Menschen scheitert, sich zu wehren. Selbst trotz brutalster Repression erhebt der Widerstand immer und immer wieder sein Haupt und kann auf Dauer nicht unterdrückt werden. Die Liste der versuchten Aufstände und Revolutionen ist lang - und die meisten sind gescheitert. Eine zentrale Erkenntnis ist: Sie sind am Fehlen oder Versagen der Führung gescheitert. 1917 in Russland gab es mit der Bolschewistischen Partei eine Organisation, die ein Programm hatte und einen Weg anbot, der die revolutionären Massen zum Sturz von Zarismus und Kapitalismus führte.

Die Sozialistische Offensive (SO) ist Teil des Komitees für eine Arbeiter\*inneninternationale (CWI) mit Aktivist\*innen, Gruppen und Sektionen auf allen Kontinenten. Unser Ziel ist der Aufbau einer sozialistischen Weltpartei zum Kampf gegen den Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Immer wieder hat die Arbeiter\*innenbewegung eben wegen des Fehlens dieser Führung auch insgesamt eine Schwächung hinnehmen müssen. Es sind Illusionen in den Kapitalismus bzw. eine Perspektivlosigkeit entstanden, die den Kampf für die Verbreitung sozialistischer Ideen wieder notwendig machen. Die Krisen werden weiter zunehmen, ebenso die Suche nach Alternativen.

Dass der Kapitalismus zu schlecht für den Menschen ist, beweist er täglich. Dass der Mensch nicht zu schlecht für den Sozialismus ist, haben wir hier beschrieben. Werde Teil unseres Kampfes für eine sozialistische Zukunft!

## 1936-1939: Die Stunde der Wahrheit - Spanischer Bürgerkrieg

### Was wir für den Kampf gegen Rechts lernen können

Krise, wohin man blickt. Die Antwort der Herrschenden heißt Abbau demokratischer und sozialer Rechte und Schutz des Vermögens der kleinen Minderheit auf Kosten der überwiegenden Mehrheit. Das ist kein Betriebsunfall sondern Ausdruck der tiefen Krise des Kapitalismus: Die Bourgeoisie ist bereit, die demokratische Fassade fallen zu lassen, wenn Macht und Besitz bedroht sind. Das ist kein neues Phänomen. Besonders in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als der Kapitalismus nach der Russischen Revolution und der revolutionären Welle wankte, griffen die Eliten zur offenen Diktatur. In Spanien gab es dagegen entschlossenen Widerstand: der Spanische Bürgerkrieg (1936-39) jährt sich zum 90. Mal.

Von Albert Kropf, SO Wien

Der Auslöser für den Bürgerkrieg war zwar der faschistische Putsch unter General Franco, die Ursachen liegen aber im Wechselspiel von Revolution und Konterrevolution. Auch damals war die entscheidende Frage, wie die Rechten am besten bekämpft werden können.

#### Revolution gegen Putsch

Als sich im Juli 1936 die Generäle unter der Führung Francos gegen die Volksfront-Regierung erhoben, war das die Antwort von Großkapitals und Adel auf den sich zuspitzenden Klassenkampf. 1931 führte der Wahlsieg linker Parteien zur Ausrufung der Republik – das Kapital war alarmiert. 1936 reagierten die Arbeiter\*innen und Bäuer\*innen Spaniens auf den Putsch mit einer revolutionären Welle. In den Städten und Dörfern, besonders in Katalonien, übernahmen Arbeiter\*innen die Kontrolle. Fabriken, Ländereien und Betriebe wurden vergesellschaftet und demokratisch verwaltet. Es entstanden Milizen, die auf der Basis von Gleichberechtigung kämpften – Frauen und Männer Seite an Seite. Der englische Schriftsteller George Orwell, der das miterlebte, beschrieb in seinem Buch „Mein Katalonien“ eine Stadt wie Barcelona, in der die Arbeiter\*innenklasse „im Sattel

saß“. Hatten sie einen Landstrich von den Faschist\*innen befreit, wurden Betriebe und Land enteignet und fortan gemeinsam bewirtschaftet. Das war das soziale Rückgrat der Revolution und des Kampfs gegen den Faschismus.

#### Falsche Diagnose und tödliche Medizin

Diese revolutionäre Dynamik war der Albtraum des Kapitals und der stalinistischen Bürokratie der UdSSR. Die Revolution in Spanien hätte den Beweis für die Lebensfähigkeit eines Sozialismus ohne die stalinistische Degeneration liefern können. Statt die Revolution weiterzutreiben und abzuschließen, schlossen die Kommunistische Partei (PCE) und die Anarchist\*innen (!) ein Bündnis mit Teilen des liberalen Bürgertums zur Rettung der kapitalistischen Republik. Das klingt vernünftig, war aber eine tödliche Falle. Wie in der Medizin, beschreibt Leo Trotzki, führt nur eine gründliche Diagnose der Krankheit zur richtigen Behandlung; eine falsche Medikation kann nicht nur nicht helfen, sondern die Krankheit verstärken und tödlich sein. Der Faschismus ist die offen terroristische Diktatur des Kapitals, um das Privateigentum zu retten. Er findet aber auch eine Massenbasis im verunsicherten und krisengeschüttelten Kleinbürgertum.

Bevor Waffen an die Arbeiter\*innen verteilt wurden, musste die Volksfrontregierung sichergehen, dass diese nicht für eine sozialistische Republik kämpfen würden. So unterdrückten die Stalinist\*innen die revolutionäre Bewegung von innen heraus. Schon im Oktober 1936 begann die Zerschlagung der Milizen durch die Gründung des Volksheeres. Die kollektivierten Betriebe und das von den Bäuer\*innen übernommene Land wurden den alten Besitzer\*innen zurückgegeben – die soziale Revolution wurde systematisch rückgängig gemacht. Das brach dem antifaschistischen Widerstand das Rückgrat.

#### Falsche Alternativen und die richtigen Lehren

Die Lehre aus Spanien ist eindeutig: Die Strategie, sich an die bürgerliche „Mitte“ zu binden, um die extreme Rechte zu bekämpfen, scheiterte gna-



**Mehr zu lesen  
über den Spanischen  
Bürgerkrieg beim  
Manifest Verlag:**

denlos. Das sehen wir heute in Frankreich, Deutschland und anderswo, wo die „Mitte“ selbst autoritäre Krisenpolitik und Kürzungspolitik betreibt und so den Rechten den Weg bereitet. Babler, Stocker und Meinel-Reisinger haben Kickl nicht als Kanzler verhindert, sondern ebnet ihm den Weg!

Heute vorherrschende postmoderne oder identitätspolitische Versuche, den Faschismus zu erklären, gehen am Kern der Sache vorbei. Sie verschleiern die Klassenbasis des Faschismus, sein Bündnis mit dem Großkapital und seine Funktion zur Zerschlagung der Arbeiter\*innenbewegung durch die Mobilisierung des Kleinbürgertums. Der Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus kann nicht durch die Verteidigung des kapitalistischen Status quo gewonnen werden. Die Lösung liegt in der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse selbst. Nur eine eigenständige, revolutionäre Politik der Arbeiter\*innenklasse, die sich auf ihre eigene Kraft und Organisation stützt, kann eine Perspektive eröffnen.



# Weltwirtschaft in der Krise: Afrika soll zahlen?!

Nigeria zeigt, wie der Druck imperialistischer Kräfte und der Kapitalismus im Inland das Leben der Leute vor Ort verschlechtert. Inflation und Kürzungspolitik befeuern die Verarmung. Die Lage, aber auch die Kämpfe bieten auch eine Perspektive für die arbeitende Klasse in Österreich.

Von Florian Schießl, SO Wien

Über 37,5 Milliarden Barrel Öl, 5,9 Billionen m<sup>3</sup> Gas und wichtige Ressourcen wie Lithium, Kobalt oder Gold liegen unter Nigerias Erde. Gleichzeitig leben knapp 192 von 240 Millionen Nigerianer\*innen unter der Armutsgrenze, über 70 Millionen erfahren Nahrungsmittelknappheit. Erwerbslosigkeit, prekäre Jobs und verarmte Arbeiter\*innen nehmen zu. Bildungssystem, Gesundheitssystem und Wasserversorgung sind schlecht ausgebaut. Wo es sie gibt, verfallen sie. Dieser Widerspruch entsteht aus der kolonialen und imperialistischen Weltordnung. Die Geschichte der kolonialen Ausbeutung ermöglicht es modernen imperialistischen Staaten, sich auch nach der Unabhängigkeit Afrikas Macht und Einfluss zu sichern. Man besetzt die Länder nicht mehr, dafür besitzt man die Unternehmen, die das Öl abbauen und verkaufen. Oder man lässt produzieren... mit den besten Konditionen für die imperialistischen Staaten und schlechtesten Konditionen für die Produzenten.

Dass der internationale Kapitalismus zunehmend in die Krise gerät, verschlechtert die Lage für neokoloniale Staaten weiter. Im Kampf um Märkte, Ressourcen und Arbeitskraft wird Afrika wieder aufgeteilt. Die USA gegen China, Frankreich gegen Britannien, Russland gegen die Nato - alle globalen Wirtschaftsmächte beteiligen sich. Sie beuten aus und schüren Konflikte bis hin zu Bürgerkriegen. Es liegt nicht an einem unbestimmten Gut oder Böse. Wer kann, der macht.

## Auswirkungen des Imperialismus

Seit 1956 ist Erdöl der Kern von Nigerias Staatseinnahmen. Über Nigeria LNG, ein Joint Venture mit Shell, be-

liefert Nigeria globale Gasmärkte. Das bringt zwar Devisen, zementiert aber die Knappheit bei der heimischen Gasversorgung. Die "Hilfe" von IWF und Weltbank brachte ab den 1980ern die Abwertung der Währung, Privatisierungen und Subventionskürzungen bei zentralen Gütern des täglichen Bedarfs. Die Folgen waren Inflation, Reallohnverluste und Deindustrialisierung, besonders in der Textilbranche.

Um die Öl- und Gasförderung profitabel zu halten, zerstörte man jahrzehntelang die Umwelt. Gleichzeitig enden große Mengen gebrauchter Elektronik aus Europa als e-Waste in Nigeria. Ausländische Konzerne überfischen die Gewässer, der illegale Goldabbau führt zu Bleivergiftungen und Palmöl-Konzessionen an ausländische Unternehmen lösen Konflikte um Landrechte, Biodiversität und Arbeitsstandards aus. Die wirtschaftlichen und humanitären Krisen führen seit den 2000er-Jahren zu einer Gewaltspirale: Entführungen und Sabotage sind an der Tagesordnung.

## Was tun?

„Nigerias enormer Reichtum kann genutzt werden, um das Leben der lange leidenden Bevölkerung zu verbessern, die Zukunft für jüngere Generationen zu sichern und ein Beispiel für Arbeiter\*innen auf der ganzen Welt sein. [...] Daher ist es unbedingt notwendig, dass Arbeiter\*innen und Jugendliche eine unabhängige politische Alternative mit sozialistischem Programm und Prinzipien aufbauen, um aus der Umklammerung des Kapitalismus auszubrechen.“ schreibt das Democratic Socialist Movement (CWI in Nigeria). Denn Armut und Elend sind Teil des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seiner Konkurrenzsituation. Wer denkt, das würde uns schon nicht treffen, irrt! Die Firmen, die Nigeria ausbeuten – wie Shell – sind auch hier aktiv. Sie sind überall, wo Profite winken: Umweltzerstörung, Krankheiten, Verelendung, Armut und Flüchtlingsströme sind die Folgen. Die herrschende Elite ist verantwortlich für diese Probleme und hat keine Lösungen. Nach außen bauen sie



Mauern, während sie im Inland die Dauerschrauben anziehen. Das aktuelle Kürzungsbudget zeigt das. Gerade weil dieses räuberische System keine Grenzen kennt, muss auch die Arbeiter\*innenbewegung eine internationale sein. Wir als Sozialistische Offensive sind Teil des CWI mit Mitgliedern auf allen Kontinenten und Teil des globalen Kampfes der Arbeiter\*innen.

## Wir fordern:

- Schluss mit steigenden Nahrungs- und Düngemittelpreisen, mit Benzin- und Energiepreisen - Industrie und Ressourcen gehören in öffentliche Hand und unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle der Beschäftigten.
- Offenlegung aller Firmenunterlagen. Es ist der Wohlstand, den wir als Arbeiter\*innen erwirtschaften. Für ein öffentliches Investitionsprogramm in Infrastruktur, Umwelt und Soziales.
- Schluss mit der imperialistischen Erpressungspolitik - keine Zahlung der "Schulden" der neokolonialen Länder an Banken und internationale Organisationen.

Mehr unter: [www.socialistnigeria.org](http://www.socialistnigeria.org)

## Mehr über die Arbeit des CWI



Die Sozialistische Offensive ist die österreichische Sektion des Komitees für eine Arbeiter\*innen-Internationale (CWI/KAI). Auf der CWI-Seite gibt es Analysen und Berichte über Bewegungen, Kampagnen und Proteste und vieles mehr aus allen Teilen der Welt - aus marxistischer Perspektive.

# Jugendbewegung erschüttert Indien

Laura Rafetseder von der Sozialistische Offensive sprach mit Youvraj von der New Socialist Alternative (CWI in Indien) über die „Kakerlakenbewegung“. Der Innenminister bezeichnete protestierende Studierende als „Kakerlaken“. Darauf gründeten diese die Cockroach Janta Party, ursprünglich als Satire-Projekt. Die Bewegung baute mit u.a. 34 Tagen Streiks an den Universitäten Druck auf. Ende Juli musste der Bildungsminister gehen. Die Proteste bedeuten auch Gegenwind für die Regierung von Modi, der seit 2014 mit der BJP, einer rechtspopulistischen und chauvinistischen Partei, regiert.

## Was steckt hinter der Bewegung?

Modi hatte ein „Neues Indien“ versprochen, dieses Versprechen aber nicht gehalten. Besonders nach Covid und mit der Einführung neuer Arbeitsgesetze verschärfte sich die Lage. Jobs, Arbeitslosigkeit und der Verfall des Bildungssystems sorgen für Enttäuschung und Wut. Seit 2020 gab es immer wieder Generalstreiks gegen Modis Arbeitsgesetze. Auslöser für die aktuelle Bewegung waren die Zugangsprüfungen für das Medizinstudium. Dieses ist angesichts der niedrigen Löhne eine der wenigen Aufstiegsmöglichkeiten.

## Was sind Stärken und Schwächen?

Die Bewegung hat Studierende und Jugendliche mobilisiert und inspiriert und sich rasch zu einer politischen Massenbewegung entwickelt, die die Regierung herausforderte. Die Hauptschwächen sind fehlende Organisation und dass es keine demokratischen Strukturen gibt. Die Cockroach Party hat die Bewegung zwar über Social Media gestartet, die eigentliche Mobilisierung erfolgte jedoch durch linke Studierendenorganisationen vor Ort. Die Cockroach Party hatte nichts mit dem Streik zu tun, sie versuchte sogar zeitweise, die Bewegung zurückzuhalten. Es lag am Druck von unten, dass die Cockroach Party auch allgemeine Forderungen zum Bildungszugang aufgriffen hat.

Auch fehlt eine politische Alternative. Dass es bis jetzt trotz der potentiellen Stärke der indischen Arbeiter\*innenklasse wenig Verbindung zu Gewerk-



schaften gibt, schwächt alle. Nur etwa sieben Prozent der indischen Arbeiter\*innen sind gewerkschaftlich organisiert und die Gewerkschaften haben Angst vor der Konfrontation mit der Regierung. Trotzdem gab es seit 2020 fast jedes Jahr Generalstreiks an denen sich Millionen beteiligen - was für ein Potential!

## Welche Vorschläge trägt die New Socialist Alternative in die Bewegung?

Wir fordern gemeinsame Koordinierungskomitees von linken Studierendenorganisationen und Cockroach Party, um der Bewegung eine demokratische Struktur zu geben. Die Gewerkschaften sollen die Studierenden durch Streiks und Demonstrationen unterstützen. Unsere eigene kleine Baugewerkschaft hat zwei Solidaritätsdemonstrationen organisiert. Auf Stadtebene haben wir ein Solidaritätskomitee gegründet, das ebenfalls Demonstrationen organisiert.

Die politische Alternative fehlt. Große Teile der indischen Linken unterstützen die Kongresspartei [die größte Oppositionspartei, Anm.] als „kleineres Übel“. Wir brauchen aber eine Regierung, die die Interessen der Arbeiter\*innen und Massen vertritt und mit dem Kapitalismus bricht. Unsere Kampagne in der Bewegung nennt sich „RRR“: „Resist, Reclaim, Rebuild“ – Widerstand gegen das Regime, Demokratie zurückerobern. Und weil das nicht reicht, Bruch mit dem Kapitalismus und die Gesellschaft entlang sozialistischer Linien neu organisieren.

Mehr unter: [www.socialism.in](http://www.socialism.in)

## Bildung\*Protest\*Österreich

Auch in Österreich greift die Regierung den Bildungssektor an und kürzt das Budget der Unis. Ende Mai demonstrierten in Wien 30.000 Studierende und Uni-Beschäftigte dagegen. Leider blieb es bei einer Demo, dann kamen die Ferien. Die Studierendenvertretung mobilisierte nicht unabhängig vom Rektorat.

Nötig ist der Aufbau einer Bewegung von unten mit Studierendenversammlungen und Kampfmaßnahmen des Unter- und Mittelbaus. Für beides müssen Studierendenvertretungen und Personalvertretung im Herbst mobilisieren. Bewegungen an den Unis sind umso stärker, je stärker die Unterstützung aus der organisierten Arbeiter\*innenbewegung ist. Regierungen versuchen immer wieder, Studierende zu isolieren. Das gelingt schlechter, wenn die Gewerkschaft die Bewegung aktiv aufgreift und mit allgemeinen Kämpfen gegen die Regierung verbindet - z.B. die Frage nach einem bedarfsorientierten Budget aufwirft und für ein solches mobilisiert. Die Studierendenvertretung muss aktiv an die Gewerkschaften herantreten, Streiks von Mittel- und Unterbau unterstützen etc. Die Budgetkürzungen der Regierung bedeuten ein Aushungern der Unis und mehr Druck in Richtung Privatisierung und Studiengebühren. Ein Kampf für freien Bildungszugang und gegen Budgetkürzungen muss daher gemeinsam geführt werden - in Österreich wie in Indien.

# Werde aktiv bei der SOZIALISTISCHEN OFFENSIVE

## Wofür wir stehen:

- **Wir zahlen nicht** für die kapitalistischen Krisen. Gegen jede Form von Kürzung, Personalabbau und Privatisierung! Wenn sie behaupten, es ist kein Geld da: **Offenlegung aller Finanzunterlagen**, dann sehen wir, wohin der Reichtum geflossen ist, den wir geschaffen haben.

- Für einen **Mindestlohn von 2000.- netto** bei Vollzeit, die automatische Anpassung von Löhnen, Gehältern, Pensionen und Sozialleistungen an die Inflation und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn und ausreichend mehr Personal.

- Statt Subventionen für Banken und Konzerne oder Aufrüstung brauchen wir ein **öffentliches Investitionsprogramm** bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sozialem, Umwelt und Verkehr – finanziert durch die Profite!

- Nein zu jeder Form der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung. Gemeinsamer Kampf für **volle Rechte für alle, die hier leben** und für ausreichend Ressourcen für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben.

- Entschlossener **Widerstand gegen rechte Politik**, egal ob im Parlament durch FPÖ/ÖVP oder auf der Straße durch faschistische Gruppen. Die Gewerkschaft hat eine besondere Verantwortung, gegen die rechte Gefahr und die Spaltung der Beschäftigten aktiv zu werden.

- Schluss mit Sozialpartnerschaft und faulen Deals: Bauen wir in den **Gewerkschaften** von unten Druck auf, um sie zu **echten Kampforganisationen** zu machen. Dazu gehört Streik als Kampfmaßnahme und echte demokratische Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse.

- Kein Vertrauen in SPÖ oder Grüne: sie sind verantwortlich für Sozialabbau und Diskriminierung. Ihre Politik bremst die FPÖ nicht, sondern macht sie stark.

- Für den **Aufbau einer neuen Partei für Arbeiter\*innen und Jugendliche mit sozialistischem Programm**. Politische Vertreter\*innen dürfen nicht mehr verdienen als ein Durchschnittsgehalt und müssen auch abgewählt werden können.

- Das kapitalistische System funktioniert nicht, es schafft nur Krisen, Umweltzerstörung und Krieg. Die Antwort auf die wachsende Kriegsgefahr ist weder Aufrüstung noch Neutralität, denn Krieg ist eine notwendige Folge von Kapitalismus.

- Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte und grundlegende Verbesserungen mit einem Bruch mit dem Kapitalismus zu verbinden. **Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig.**

- Für eine **demokratische sozialistische Gesellschaft**. Sozialismus hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen in Sowjetunion oder Ostblock zu tun, aber auch nichts mit der Politik der SPÖ. Sozialismus bedeutet, dass die Betriebe in Gemeinbesitz sind und die Wirtschaft demokratisch durch die Arbeiter\*innen, die den Reichtum schaffen, geplant und verwaltet wird. Dann stehen nicht mehr Profite, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit im Zentrum. Armut, Kriege und die Zerstörung des Planeten sind dann Geschichte. Den Kampf der Arbeiter\*innenklasse für eine solche Gesellschaft in Österreich und international zu unterstützen, ist Ziel unserer politischen Arbeit.

Hier geht es zu unserem ausführlichen Programm:



## Komm zu unseren Treffen:

Dir gefällt unser Programm? Du willst dich nicht mehr ärgern, sondern endlich selbst etwas tun? Dann komm zu unseren Treffen am Dienstag.

Du kannst **persönlich** kommen - Details hier:

[www.sozialistischeoffensive.net/Termine](http://www.sozialistischeoffensive.net/Termine) zusätzliche **Veranstaltungen** findest du auf unserer **Homepage** und unseren **Social Media Kanälen**.

oder du kannst **online** teilnehmen - dann schreib uns, damit wir dir den Link zusenden können.



## CWI - unsere Internationale

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiter\*innen-internationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“) und steht in den besten Traditionen der SLP. Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter\*innen ein und organisiert Widerstand und Solidarität über Grenzen hinweg. Unser Ziel ist weltweit der Sturz des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau eines Zusammenschlusses von sozialistischen Demokratien.

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

## Unterstütze unsere Arbeit

Wir sind politisch und finanziell unabhängig. Uns kann niemand mit Inseraten oder Subventionen das Maul stopfen: wir schreiben, was nötig ist. Aber unsere Arbeit kostet Geld. Wenn du den Kampf gegen Kapitalismus und rechte Politik auch finanziell unterstützen willst, dann spende uns. Einmal oder auch monatlich. Ein Dauerauftrag von 5,-, 10.- oder 20.- pro Monat finanziert z.B. wichtige Flugblätter und du bekommst regelmäßig unsere Publikationen.

IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700

## Kontakt

Instagram: @sozialistischeoffensive

Facebook: Sozialistische Offensive

Mail: [redaktion@sozialistische-offensive.net](mailto:redaktion@sozialistische-offensive.net)

Website: [sozialistischeoffensive.net](http://sozialistischeoffensive.net)





2€/4€ Solidari-  
tätspreis

www.sozialistischeoffensive.net



# OFFENSIV

Nr. 29, Herbst 2026

SOZIALISTISCHE ZEITUNG für Arbeiter\*innen und Jugendliche

## Es ist Zeit aktiv zu werden!

**6.11. Wie Revolutionen heute  
erfolgreich sein können - am  
Beispiel Russland 1917**  
Amerlinghaus; 7, Stiftgasse 8

**20.11. Schulstreik  
Gegen ihre Kriege  
Für unsere Zukunft**



**Komm Vorbei!**

Wir treffen uns regelmässig -  
auch online-Teilnahme möglich.

**DISKUTIEREN, ORGANISIEREN, KÄMPFEN!**